



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

2011/0366(COD)

7.9.2012

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten

für den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Asyl- und Migrationsfonds
(COM(2011)0751 – C7-0443/2011 – 2011/0366(COD))

Verfasser der Stellungnahme: Sophocles Sophocleous

PA_Legam

KURZE BEGRÜNDUNG

Im Bereich Inneres, dem die Felder Sicherheit, Migration und Außengrenzen zuzuordnen sind, schlägt die Kommission für den Zeitraum 2014-2020 vor, die Struktur der Ausgabeninstrumente zu vereinfachen und die Zahl der Programme auf zwei zu reduzieren: einen Asyl- und Migrationsfonds und einen neuen Fonds für die innere Sicherheit.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten begrüßt die Bemühungen, durch einen Asyl- und Migrationsfonds die Solidarität aller EU-Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine effiziente politische Koordinierung und Lastenteilung zu stärken.

Der Ausschuss betont, dass es wichtig ist, die Kohärenz und Stimmigkeit zwischen den Maßnahmen im Rahmen dieses Fonds und den Maßnahmen im Rahmen der externen Finanzierungsinstrumente zu gewährleisten, zumal der Fonds teilweise zur Unterstützung der Zusammenarbeit mit Drittländern herangezogen werden soll, insbesondere im Zusammenhang mit der Durchführung von Rückübernahmeabkommen, Mobilitätspartnerschaften und regionalen Schutzprogrammen.

Generell sollte der Einsatz des Fonds mit dem allgemeinen auswärtigen Handeln der Union abgestimmt werden und dessen Zielen und Grundsätzen gemäß Artikel 21 des Vertrags über die Europäische Union entsprechen.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten spricht sich daher für eine starke und klar definierte Beteiligung des Europäischen Auswärtigen Dienstes, insbesondere in der Programmplanungsphase des Fonds, aus, um Überschneidungen mit anderen sich an Drittstaaten richtenden Instrumenten zu vermeiden und im Gegenteil Synergien und Komplementarität zu gewährleisten. Der Ausschuss betont des Weiteren, dass alle durch den Fonds geförderten Maßnahmen mit den Grundrechten der Personenkategorien vereinbar sein sollten, auf die die Verordnung zugeschnitten ist, und dass bestimmte durch den Fonds finanzierte Maßnahmen speziell die verstärkte Wahrung dieser Grundrechte zum Ziel haben sollten.

ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ersucht den federführenden Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, folgende Änderungsanträge in seinen Bericht zu übernehmen:

Änderungsantrag 1

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 25 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***(25a) Um zu gewährleisten, dass die
Maßnahmen im Rahmen des Fonds mit***

den Maßnahmen, die durch die externen Finanzierungsinstrumente der Union gefördert werden, voll und ganz im Einklang stehen und diese ergänzen sowie den Zielen und Grundsätzen des auswärtigen Handelns der Union entsprechen, sollte neben den zuständigen Dienststellen der Kommission der Europäische Auswärtige Dienst in vollem Umfang am Programmplanungs- und Überwachungsprozess des Fonds beteiligt werden.

Änderungsantrag 2

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 3 – Absatz 2 – Buchstabe a – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission

Die Verwirklichung dieses Ziels ist durch Indikatoren *wie die Verbesserung der Aufnahmebedingungen für Asylbewerber, die Qualität der Asylverfahren, die Konvergenz der Anerkennungsquoten in den Mitgliedstaaten oder die Neuansiedlungsbemühungen der Mitgliedstaaten zu messen.*

Geänderter Text

Die Verwirklichung dieses Ziels ist durch Indikatoren *einschließlich u. a. der Qualität der Asylverfahren, der Konvergenz der Anerkennungsquoten in den Mitgliedstaaten und der Neuansiedlungsbemühungen der Mitgliedstaaten zu messen.*

Änderungsantrag 3

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 3 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

2a. Die Maßnahmen zur Erreichung der in den Absätzen 1 und 2 festgelegten Ziele müssen mit den Maßnahmen, die durch die externen Finanzierungsinstrumente der Union gefördert werden, voll und ganz im Einklang stehen und diese ergänzen sowie den Zielen und Grundsätzen des auswärtigen Handelns der Union entsprechen.

Änderungsantrag 4

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 1 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

(e) Information der ortsansässigen Bevölkerung sowie Schulungsmaßnahmen für das Personal der lokalen Behörden, die mit den Personen, die aufgenommen werden, in Kontakt kommen;

Geänderter Text

(e) Information der ortsansässigen Bevölkerung sowie Schulungsmaßnahmen für das Personal der lokalen Behörden, die mit den Personen, die aufgenommen werden, in Kontakt kommen, ***insbesondere im Hinblick auf die Wahrung der Grundrechte der Asylbewerber;***

Änderungsantrag 5

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

(b) Verwaltungsstrukturen, Systeme und Schulungen von Mitarbeitern der zuständigen Justizbehörden einzurichten, um den reibungslosen Zugang zu Asylverfahren sowie effiziente Asylverfahren von hoher Qualität zu gewährleisten;

Geänderter Text

(b) Verwaltungsstrukturen, Systeme und Schulungen von Mitarbeitern der zuständigen Justizbehörden einzurichten, um den reibungslosen Zugang zu Asylverfahren sowie effiziente Asylverfahren von hoher Qualität, ***bei denen die Grundrechte der Asylbewerber gewahrt werden, zu gewährleisten; hierzu muss das europäische Schulungsprogramm im Asylbereich ständig aktualisiert und im Hinblick auf die Einbindung anderer fachkundiger Gremien, z. B. einschlägige Organisationen der Zivilgesellschaft, ausgeweitet werden.***

Änderungsantrag 6

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 7 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

(b) Einrichtung von Infrastruktur und Diensten, mit denen die reibungslose und erfolgreiche Durchführung von Neuansiedlungs- und Umsiedlungsmaßnahmen gewährleistet werden soll,

Geänderter Text

(b) Einrichtung von Infrastruktur und Diensten, mit denen die reibungslose und erfolgreiche Durchführung von Neuansiedlungs- und Umsiedlungsmaßnahmen ***unter Wahrung der Grundrechte der betroffenen Personen*** gewährleistet werden soll,

Änderungsantrag 7

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

(a) Festlegung und Fortschreibung von Integrationsstrategien, einschließlich Bedarfsanalyse, Verbesserung von ***Indikatoren und*** Evaluierung,

Geänderter Text

(a) Festlegung und Fortschreibung von Integrationsstrategien, einschließlich Bedarfsanalyse, Verbesserung von ***Integrationsindikatoren sowie Evaluierung der für Asylbewerber geltenden besonderen Bedingungen, einschließlich der Einbeziehung der Asylbewerber in die Beurteilung, mit dem Ziel, bewährte Verfahren zu ermitteln,***

Änderungsantrag 8

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 10 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

(c) Förderung der ***interkulturellen*** Kapazitäten der mit der Durchführung von Maßnahmen betrauten Einrichtungen, die öffentliche oder private Dienstleistungen anbieten, einschließlich von Bildungseinrichtungen, sowie des Austauschs von Erfahrungen und

Geänderter Text

(c) Förderung der Kapazitäten der mit der Durchführung von Maßnahmen betrauten Einrichtungen, die öffentliche oder private Dienstleistungen anbieten, einschließlich von Bildungseinrichtungen, ***in den Bereichen Interkulturalität und Menschenrechte*** sowie des Austauschs

bewährten Praktiken, der Zusammenarbeit und der Vernetzung;

von Erfahrungen und bewährten Praktiken, der Zusammenarbeit und der Vernetzung;

Änderungsantrag 9

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 11 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(b) Einrichtung von Verwaltungsstrukturen, Systemen und Schulungen von Mitarbeitern, um reibungslose Rückführungsverfahren zu gewährleisten;

(b) Einrichtung von Verwaltungsstrukturen, Systemen und Schulungen von Mitarbeitern, um reibungslose Rückführungsverfahren, **bei denen die Grundrechte der Migranten umfassend geschützt werden**, zu gewährleisten;

Änderungsantrag 10

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 11 – Absatz 1 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(ba) Unterstützung einer unabhängigen Bewertung und Überwachung von Rückführungsmaßnahmen durch Organisationen der Zivilgesellschaft, mit dem Ziel, die Achtung der Menschenrechte zu gewährleisten;

Änderungsantrag 11

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 21 – Absatz 2 - Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(c) Untersuchungen zu möglichen neuen Formen der Zusammenarbeit in der Union im Bereich Asyl, Einwanderung, Integration und Rückkehr und einschlägigem EU-Recht, sowie die Verbreitung und der Austausch von

(c) Untersuchungen zu möglichen neuen Formen der Zusammenarbeit in der Union im Bereich Asyl, Einwanderung, Integration und Rückkehr und einschlägigem EU-Recht, sowie die Verbreitung und der Austausch von

Informationen über bewährte Verfahren und sämtliche übrigen Aspekte der Asyl-, Einwanderungs-, Integrations- und Rückkehrpolitik einschließlich der Vermittlung der politischen Prioritäten der Europäischen Union nach außen;

Informationen über bewährte Verfahren und sämtliche übrigen Aspekte der Asyl-, Einwanderungs-, Integrations- und Rückkehrpolitik einschließlich der Vermittlung der politischen Prioritäten der Europäischen Union nach außen ***und der Achtung der Grundrechte von Personen, die zu den in Artikel 4 aufgeführten Personenkategorien zählen;***

VERFAHREN

Titel	Der Asyl- und Migrationsfonds
Bezugsdokumente - Verfahrensnummer	COM(2011)0751 – C7-0443/2011 – 2011/0366(COD)
Federführender Ausschuss Datum der Bekanntgabe im Plenum	LIBE 15.12.2011
Stellungnahme von Datum der Bekanntgabe im Plenum	AFET 15.12.2011
Verfasser(in) der Stellungnahme Datum der Benennung	Sophocles Sophocleous 20.12.2011
Ersetzte(r) Verfasser(in) der Stellungnahme	Kyriakos Mavronikolas
Datum der Annahme	6.9.2012
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 41 -: 3 0: 4
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Frieda Brepoels, Elmar Brok, Mário David, Andrzej Grzyb, Anna Ibrisagic, Liisa Jaakonsaari, Anneli Jäätteenmäki, Ioannis Kasoulides, Nicole Kiil-Nielsen, Evgeni Kirilov, Maria Eleni Koppa, Andrey Kovatchev, Paweł Robert Kowal, Wolfgang Kreissl-Dörfler, Eduard Kukan, Vytautas Landsbergis, Sabine Lösing, Ulrike Lunacek, María Muñiz De Urquiza, Raimon Obiols, Ria Oomen-Ruijten, Pier Antonio Panzeri, Mirosław Piotrowski, Hans-Gert Pöttering, Cristian Dan Preda, Nikolaos Salavrakos, György Schöpflin, Werner Schulz, Adrian Severin, Marek Siwiec, Charles Tannock, Geoffrey Van Orden, Sir Graham Watson, Boris Zala, Karim Zéríbi
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Charalampos Angourakis, Elena Băsescu, Andrew Duff, Tanja Fajon, Hélène Flautre, Emilio Menéndez del Valle, Jean Roatta, Carmen Romero López, Helmut Scholz, Indrek Tarand, Ivo Vajgl
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	Danuta Jazłowiecka, Sophocles Sophocleous